



German Institute for Global and Area Studies und Universität Hamburg

Menschen in Deutschland: International (MiDInt)

Ein neues Monitoringinstrument der MOTRA-Familie

Janosch Kleinschnittger, Thomas Richter, Katrin Brettfeld, Peter Wetzels

Phänomenmonitoring

Zusammenfassung

Die Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) ist ein neues, innerhalb von MOTRA entwickeltes Monitoringinstrument. Es handelt sich um eine im Abstand von zwei bis drei Monaten wiederholt im Trenddesign durchgeführte Online-Befragung einer etwa 2.500 bis 3.000 Personen umfassenden repräsentativen, quotierten Stichprobe auf Basis eines Online-Access Panels. Mit diesem neuen Monitoringinstrument wird eine zweifache Zielsetzung verfolgt. Zum einen sollen damit Einflüsse von Ereignissen, Entscheidungen und Krisen, die außerhalb Deutschlands stattfinden, in ihren Auswirkungen auf individuelle Einstellungen gezielt und zeitnah erfasst werden. Zum zweiten sollen, in Ergänzung zu den alljährlich durchgeführten Einstellungsbefragungen von „Menschen in Deutschland“ (MiD), kurzfristiger getaktete Analysen über die Zeit in den Blick genommen werden. Dazu gehört auch die Option, kurzfristig zu aktuellen Ereignissen Umfrageexperimente gestalten und so deren kausalen Einfluss identifizieren zu können. In diesem Beitrag wird das Potenzial von MiDInt anhand von zwei Teilstudien exemplarisch erläutert. Dargestellt werden zum einen die Ergebnisse eines Umfrageexperimentes zu den Effekten politischer Kommunikation auf die Einstellungen gegenüber Geflüchteten. Zum zweiten werden Befunde zu den Auswirkungen von Kriegsangst im Kontext der Wahrnehmung des Ukrainekrieges auf Autokratieakzeptanz, d. h. die Ablehnung von zentralen Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung vorgestellt.

Stichworte

Menschen in Deutschland: International | Onlinebefragung |
Trendstudie | Umfrageexperiment | Einstellungen gegenüber Geflüchteten |
Autokratieakzeptanz | Kriegsangst



Einführung in MiDInt

Die Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) ist ein neues, innerhalb von MOTRA entwickeltes Monitoringinstrument, das als wiederholt durchgeführte Online-Befragung das Radikalisierungs- und Extremismusgeschehen in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des aktuellen Weltgeschehens in den Blick nimmt. Es ergänzt die seit 2021 vom Lehrstuhl für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) durchgeführten Befragungsstudien „Menschen in Deutschland“ (MiD) (vgl. dazu ausführlich Brettfeld et al., 2022; Endtricht et al., 2022; Fischer et al., 2023) und „Junge Menschen in Deutschland“ (JuMiD) (vgl. dazu ausführlich Farren et al., 2022). MiDInt wird als Kooperationsprojekt durch das Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA) und die UHH seit November 2022 in einem zwei- bis dreimonatigen Rhythmus durchgeführt. Ziel ist es, ideologie- und phänomenübergreifende Erkenntnisse zur Verbreitung politisch-extremistischer und extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland in Form von ablehnenden Haltungen gegenüber demokratischen Staatsorganisationsprinzipien und individuellen Freiheitsrechten sowie intolerante und vorurteilsbeladene Einstellungen gegenüber als fremd gelesenen Personen und Andersdenkenden zu gewinnen und etwaige Veränderungen über die Zeit zu dokumentieren. Dabei legt MiDInt einen besonderen thematischen Schwerpunkt auf internationale Ereignisse, Entscheidungen und Krisen, die eine Ausstrahlungswirkung auf solche Einstellungen und Radikalisierungsprozesse in Deutschland entfalten können (vgl. dazu Brettfeld et al., 2023; Richter et al., 2023; Wetzels et al., 2023a, 2023b). Der vorgesehene engmaschige Erhebungsrhythmus für MiDInt wird es zukünftig ermöglichen, neu auftauchende Entwicklungen in der Welt zeitnah aufzugreifen und ihren Einfluss auf Einstellungen beziehungsweise ihre Änderungen innerhalb der deutschen Bevölkerung sichtbar zu machen.

Tabelle 1

MiDInt Welle 1, November 2022 im Kurzüberblick

Art der Untersuchung	Bundesweite Online-Befragung einer nach soziodemografischen Merkmalen geschichteten, approximativ repräsentativen Stichprobe
Marktforschungsinstitut	Bilendi S.A.
Erhebungszeitraum	11. bis 21. November 2022
Grundgesamtheit	Deutsche Wohnbevölkerung zwischen 18 und 69 Jahren
Zielgröße	N=2.500 Befragte ab 18 Jahre
Auswahlverfahren	Quotenstichprobe von Personen ab 18 Jahren aus einem Online-Access-Panel. Die Stichprobe wird entsprechend den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung nach Alter, Geschlecht, Bildung und Wohngebiet (West/Ost) geschichtet.
Erhebungsmethode	Standardisierte Online-Befragung
Erhebungssprache	Deutsch
Befragungsdauer	Mittelwert: 15 Minuten 30 Sekunden; Median: 13 Minuten 14 Sekunden
Realisierte Stichprobe	N=2.429 verwertbare Fälle

Quelle: Brettfeld et al., 2023, S. 3

Bei der Studie MiDInt handelt es sich um eine standardisierte Online-Befragung einer Stichprobe in Deutschland lebender Personen zwischen 18 und 69 Jahren. Die Stichprobenziehung erfolgt in Form einer geschichteten Zufallsziehung aus der Grundgesamtheit des großen deutschen Online-Access-Panels des Marktforschungsinstituts Bilendi S.A. (vgl. zum Untersuchungsdesign, zur Stichprobe und dem Erhebungsinstrument Brettfeld et al., 2023). Durch eine gezielte Quotierung – die auf Basis der Verteilung von Alter, Geschlecht, Bildung und Wohnregion (Ost/West) in der Grundgesamtheit der gesamten Wohnbevölkerung in Deutschland zwischen 18 und 69 Jahren erfolgt – konnte erreicht werden, dass die gezogene Stichprobe der ersten Welle im Hinblick auf zentrale soziodemografische Merkmale weitgehend den Verhältnissen entspricht, wie sie auch in der Grundgesamtheit der altersgleichen Bevölkerung anzutreffen ist. MiDInt kann damit als approximativ repräsentativ bezeichnet werden (vgl. dazu ausführlich Brettfeld et al., 2023). Die Analysestichprobe der ersten Welle von MiDInt umfasst N = 2.429 verwertbare Fälle.

Zum Zeitpunkt der ersten Erhebungswelle von MiDInt im November 2022 prägte vor allem der seit Februar desselben Jahres andauernde russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowohl die deutsche und europäische als

auch die globale politische sowie gesellschaftliche Debatte. Neben dem Bruch des Völkerrechts durch Russland, der humanitären Katastrophe für die Menschen vor Ort und den Risiken eines Übergreifens kriegesischer Handlungen auf weitere Staaten (darunter gegebenenfalls auch NATO-Mitglieder) standen folgende Aspekte im Mittelpunkt der öffentlichen Debatten in Deutschland: die Wahrnehmung des Krieges und seine Folgen auf die Gas-, Öl- und Energieversorgung, die Entstehung von Lieferengpässen, Veränderungen am Arbeitsmarkt sowie der Zuzug geflüchteter Menschen aus der Ukraine. Die meisten dieser Elemente wurden im Erhebungsinstrument der ersten Welle berücksichtigt. Es wurden sowohl Items zu den direkten Ängsten bezogen auf kriegesischer Akte innerhalb von Deutschland und Europa als auch Sorgen wegen der möglichen Folgen des Ukraine-Krieges auf das tägliche Leben in Deutschland in die Erhebung integriert.

Der Ukraine-Krieg hat darüber hinaus auch die bereits existierenden Debatten über Flüchtlinge und die daraus entstehenden Belastungen und Sorgen neu entfacht. Als Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine hat sich die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen mit einer ukrainischen Staatsbürgerschaft versiebenfacht. Inzwischen leben über eine Million Ukrainer*innen in Deutschland (Statistisches Bundesamt, n. d.). Zum Jahresbeginn 2023 sprechen sowohl deutsche und als auch europäische Behörden von einem weiter steigenden „Migrationsdruck“ an den EU-Außengrenzen (FAZ, 2022). Es ist auch im Jahr 2023 damit zu rechnen, dass Menschen nach Deutschland fliehen, um hier Schutz zu suchen. Für eine erfolgreiche Integration dieser Schutz suchenden Menschen in die deutsche Aufnahmegesellschaft sind dabei insbesondere die Einstellungen der deutschen Bevölkerung gegenüber Geflüchteten und integrationsunterstützenden Maßnahmen im Zusammenhang mit subjektiven Bedrohungswahrnehmungen von hoher Bedeutung. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit öffentliche Stellungnahmen und Bewertungen seitens prominenter zivilgesellschaftlicher oder politischer Institutionen eben diese Einstellungen in der Bevölkerung beeinflussen können. In der ersten Welle zu MiDInt wurde dazu ein Surveyexperiment integriert (vgl. ausführlich Brettfeld et al., 2023).

Als zentrale abhängige Größen mit Bezug auf Einstellungen gegenüber Demokratie und Freiheitsrechte standen unter anderem eine krisenbezogene Befürwortung autokratischer Staatsorganisation (gemessen

über eine Skala mit Items, wie „Aufgrund der aktuellen Lage sollte der Staat einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert“, „Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt können wir uns aktuell nicht leisten“ oder „In der aktuellen Krise darf die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden“) und die Zustimmung zu einer unilateralistischen beziehungsweise nationalistischen Politik im Vordergrund. Letzteres betrifft die Befürwortung eines wirtschaftlichen Protektionismus, die Ablehnung der Zusammenarbeit innerhalb der EU und mit anderen Staaten sowie die Gewichtung der Interessen deutscher Staatsbürger*innen im Vergleich zu Menschen aus anderen Ländern durch die deutsche Politik. Intolerante Einstellungen gegenüber beziehungsweise die Abwertung von Fremdgruppen und Minderheiten wurden bezogen auf die Konstrukte Ausländerfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit und Judenfeindlichkeit gemessen. Hier wurden Items eingesetzt wie zum Beispiel „Die Vermischung so vieler Menschen verschiedener Kulturen in Deutschland kann nicht gut gehen“, „Es gibt zu viele Muslime in Deutschland“ oder „Juden haben zu viel Einfluss in Deutschland“. Darüber hinaus wurden ebenfalls Einflussfaktoren auf individueller und sozialer Ebene erfasst. Dazu gehörten unter anderem eine Itematterie zum allgemeinen Vertrauen in staatliche Institutionen und die subjektive Einschätzung der Kompetenz von gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträger*innen. Erfasst wurde darüber hinaus die Ausprägung der Erfahrung kollektiver Marginalisierung der Eigengruppe, das heißt das Maß, in dem die Befragten wahrnehmen, dass sie zu einer Gruppe gehören, die systematisch durch Behörden und Politik in Deutschland benachteiligt wird. Weiter wurde erhoben, inwieweit die Befragten eine Neigung zur Akzeptanz von Verschwörungsnarrativen (Verschwörungsmentalität) zeigen. Diese abhängigen Größen und Einflussfaktoren wurden dabei über alle bisherigen Wellen von MiDInt – in leicht angepassten und weiterentwickelten Versionen – verwendet, sodass hier zukünftig eine Trendanalyse möglich ist (vgl. zum detaillierten Fragebogen Brettfeld et al., 2023).

Einstellungen gegenüber Flüchtlingen

Als ein wichtiger Teil der ersten Welle von MiDInt wurden im November 2022 Einstellungen gegenüber geflüchteten Personen und den Maßnahmen

zu deren Aufnahme erfasst. Dabei wurde zwischen Einschätzungen von mit Flüchtlingen assoziierten gesellschaftlichen Belastungen beziehungsweise Bedrohungen sowie Einstellungen bezüglich der Akzeptanz von Maßnahmen zur Unterstützung und Integration geflüchteter Menschen unterschieden. Mit Blick auf Einstellungen zum Zuzug von Flüchtlingen und den damit verbundenen Bedrohungswahrnehmungen (vgl. dazu Abbildung 1) äußerte im November 2022 eine deutliche Mehrheit der Befragten (61,1 %), dass hierdurch ihrer Ansicht nach vor allem Gewalttäter nach Deutschland kommen. 45 % verbinden mit der Zuwanderung von Flüchtlingen eine allgemeine Bedrohung ihrer Lebensweise und Werte. Die Auffassung, dass in Deutschland lebende Flüchtlinge unserer Wirtschaft mehr schaden, als dass sie nutzen, wird zwar von einer knappen Mehrheit abgelehnt, aber auch hier stimmen insgesamt 45 % einer negativen Wahrnehmung eher oder völlig zu.

Durch die Zuwanderung von Flüchtlingen kommen vor allem mehr Gewalttäter in unser Land.

Flüchtlinge bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte in Deutschland.

Flüchtlinge, die hier leben, schaden unserer Wirtschaft mehr als dass sie nutzen.

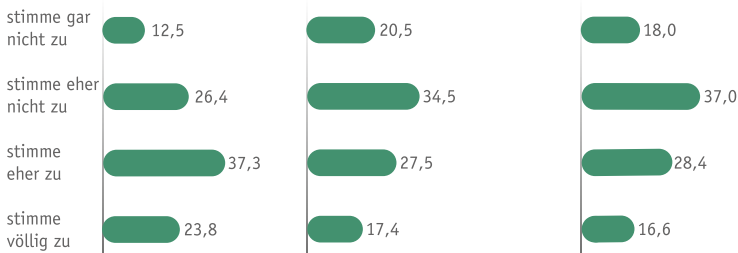


Abbildung 1. Bedrohungswahrnehmungen in Bezug auf Flüchtlinge (in %) im November 2022
Quelle: (Brettfeld et al., 2023; Richter et al., 2023)

Anmerkung: Daten basieren auf den Befragten der Kontrollgruppe (N = 416).

Im Hinblick auf diskutierte Unterstützungs- und Integrationsmaßnahmen – dargestellt in Abbildung 2 – lehnen fast zwei Drittel (64,1 %) der Befragten eine schnellere Einbürgerung von Flüchtlingen ab. Nur 35,9 % sprechen sich dafür aus. Gleichzeitig stimmen aber über drei Fünftel (61,3 %) eher oder völlig der Aussage zu, dass die existierenden Schul- und Berufsabschlüsse von Flüchtlingen unbürokratischer anerkannt werden sollten.

Nur 41,6 % der Menschen in Deutschland fänden es gut, wenn in ihrer Nachbarschaft Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt würde. Mit 58,4 % lehnt dies eine klare Mehrheit ab.

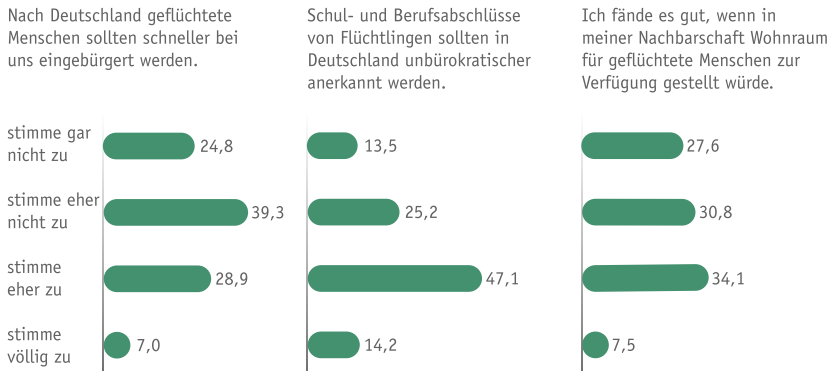


Abbildung 2. Akzeptanz von Unterstützungs- und Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge (in %) im November 2022

Quelle: (Brettfeld et al., 2023; Richter et al., 2023)

Anmerkung: Daten basieren auf den Befragten der Kontrollgruppe (N = 416).

Zusammengenommen war die Haltung gegenüber Flüchtlingen im Herbst 2022 innerhalb der deutschen Bevölkerung mit deutlichen Vorurteilen verbunden. Fast die Hälfte fühlen sich durch Zuwanderung bedroht und meinen, dass Flüchtlinge wirtschaftlich eher schaden als nützen. Über 60 % glauben sogar daran, dass durch Zuwanderung mehr Gewalttäter ins Land kommen. In Bezug auf Unterstützungs- und Integrationsmaßnahmen findet sich nur für eine unbürokratische Anerkennung existierender Abschlüsse eine Mehrheit, während eine schnellere Einbürgerung und eine Bereitstellung von Wohnraum in der Nachbarschaft mehrheitlich abgelehnt werden.

Als Teil der ersten Welle von MiDInt wurde darüber hinaus im Rahmen eines Umfrageexperiments untersucht, ob und in welcher Weise sich diese Einstellungen verändern, wenn Menschen vorab unterschiedlich werbende Äußerungen von verschiedenen Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher oder politischer Organisationen zu lesen bekommen. Dafür wurden die Befragten zufällig einer von sechs Gruppen zugeordnet. Den ersten fünf Gruppen wurde ein fiktiver Nachrichtentext vorgelegt, der für diese

Gruppen einheitlich die Information enthielt, dass eine starke Zunahme von Fluchtbewegungen nach Europa zu erwarten ist. Diese Nachricht wurde bei vier der fünf Gruppen (Splits 1 bis 4) zusätzlich mit einer fiktiven, wertenden Stellungnahme durch Vertreter*innen einer der folgenden Organisationen ergänzt: Arbeitgeberverbände oder Amnesty International mit einer positiven Bewertung von Zuwanderung durch Flüchtlinge; Vertreter*innen von Kommunen oder der Partei AfD mit einer negativen Bewertung von Zuwanderung durch Flüchtlinge. Tabelle 2 stellt die Grundstruktur des Experiments dar. Aus Platzgründen können im Folgenden allerdings nur die wichtigsten Ergebnisse kurz dargestellt werden.¹

Tabelle 2

Übersicht zum Experiment aus der ersten Welle von MiDInt im November 2022

	Split 1	Split 2	Split 3	Split 4	Split 5	Split 6
Nachrichtentext: starke Zunahme von Fluchtbewegungen	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
Arbeitgeber begrüßen die Aufnahme von Flüchtlingen	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
Amnesty International begrüßt die Aufnahme von Flüchtlingen	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Zahlreiche Kommunen sehen die Aufnahme von Flüchtlingen kritisch	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
Die Alternative für Deutschland (AfD) sieht die Aufnahme von Flüchtlingen kritisch	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein

Quelle: (Brettfeld et al., 2023; Richter et al., 2023)

Zwischen der Kontrollgruppe (Split 6) und dem Split 5, bei welchem den Befragten nur ein Nachrichtentext über eine starke Zunahme von Fluchtbewegungen zur Verfügung gestellt wurde – aber keine wertende Stellungnahme –, ließen sich sowohl auf der Ebene der Bedrohungswahrnehmungen als auch bezüglich der Akzeptanz von Unterstützungs- und Integrationsmaßnahmen keine signifikanten Unterschiede feststellen.

Für die vier Gruppen (Split 1-4), in denen die Informationen über eine Zunahme von Fluchtbewegungen mit wertenden Stellungnahmen verbunden wurden, lassen sich folgende Ergebnisse zusammenfassen:

¹ Weitere Details können in Richter, Kleinschnittger, Brettfeld & Wetzels (2023) nachgelesen werden.

- Für die Aussage „Durch die Zuwanderung von Flüchtlingen kommen vor allem mehr Gewalttäter in unser Land“ lässt sich für keine der Experimentalgruppen ein statistisch signifikanter Unterschied im Vergleich zur Kontrollgruppe finden.
- Bei der Aussage „Flüchtlinge bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte in Deutschland“ liegt der Mittelwert der Zustimmung in der Kontrollgruppe (Split 6) bei etwa 47 %. Wird den Befragten eine positive Kommentierung durch Amnesty International vorgelegt, reduziert sich die durchschnittliche Zustimmung um fast sechs Prozentpunkte. Dieser Effekt ist statistisch signifikant. Das ebenfalls positive Statement der Arbeitgeberverbände wirkt sich bei diesem Item ebenfalls vorurteilsreduzierend aus, verfehlt aber knapp die Grenze der statistischen Signifikanz. Die Konfrontation mit einem negativen Statement hat hingegen im Vergleich zur Kontrollgruppe keine statistisch nachweisbaren Auswirkungen.
- Bei der Aussage „Flüchtlinge, die hier leben, schaden unserer Wirtschaft mehr, als dass sie nutzen“ liegt die durchschnittliche Zustimmung in der Kontrollgruppe bei 47,8 %. Wird die Aufnahme von Flüchtlingen durch Arbeitgeberverbände begrüßt (Split 1), reduziert sich die Zustimmung um 7,5 Prozentpunkte. Der Effekt ist statistisch hoch signifikant. In allen anderen Experimentalgruppen zeigt sich kein Einfluss.
- Die Aussage „Nach Deutschland geflüchtete Menschen sollten schneller bei uns eingebürgert werden“ zeigen sich keine statistisch signifikanten Unterschiede im Vergleich zur Kontrollgruppe. Die vier verschiedenen Stellungnahmen haben hier also keine kausalen Effekte. Das heißt, weder positive Statements, in denen der Zuzug von Flüchtlingen begrüßt wird, noch negative Statements, die auf mögliche Probleme eines Zuzuges verweisen, wirken sich in relevantem Maße auf diesen Aspekt der Einstellung zur Einbürgerung von Flüchtlingen aus.
- In Bezug auf die Aussage „Schul- und Berufsabschlüsse von Flüchtlingen sollten in Deutschland unbürokratischer anerkannt werden“ findet sich für Befragte, welche die positive Stellungnahme von Amnesty International vorgelegt bekamen (Split 2), eine signifikant höhere Akzeptanz. Der Mittelwert der Zustimmung zu dieser Aussage beträgt in der

Kontrollgruppe 54 % und liegt im Falle des Amnesty-Statements mehr als fünf Prozentpunkte darüber. Für alle anderen Statements – egal ob positiv oder negativ – zeigen sich hier hingegen keine signifikanten Effekte.

- Schließlich existieren auch für die auf Wohnraum bezogene Aussage „Ich fände es gut, wenn in meiner Nachbarschaft Wohnraum für geflüchtete Menschen zur Verfügung gestellt würde“ keine statistisch signifikanten Effekte auf die Zustimmungsraten unabhängig von der Art der Stellungnahme.

Sorgen und Ängste aufgrund des Krieges in der Ukraine

Ein zweiter Schwerpunkt der ersten Welle von MiDInt im November 2022 lag auf der Erfassung von Sorgen und Ängsten aufgrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Zunächst konnten die Befragten angeben, wie ausgeprägt ihre Sorgen im Hinblick darauf sind, dass Deutschland öfter in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte. Dabei gaben über 77 % an, besorgt zu sein (41 % waren etwas und 36 % sehr besorgt). Mit Bezug auf den Krieg in der Ukraine wurde darüber hinaus nach Sorgen und Ängsten bezüglich eines militärischen Angriffs von Russland auf Deutschland, russischer Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland sowie des Einsatzes von Atomwaffen in Europa gefragt. Solche Kriegsängste vor einer direkten Betroffenheit Deutschlands durch militärische Aktionen Russlands waren im November 2022 weitverbreitet. Drei Fünftel (61,2 %) gaben an, „etwas“ (37,1 %) oder „sehr“ (24,1 %) besorgt zu sein, dass es zu einem militärischen Angriff Russlands auf Deutschland kommen könnte. Bei fast zwei Dritteln (65,6 %) existierten Sorgen vor russischen Angriffen auf Einrichtungen in Deutschland. Insgesamt waren 73,8 % der im November 2022 Befragten „etwas“ oder „sehr“ besorgt, dass es in Europa zum Einsatz von Atomwaffen kommen könnte. Tabelle 3 fasst diese Angaben zusammen und vermittelt weitere Details zur Verbreitung von Kriegsangst in Deutschland im November 2022.

Tabelle 3

Verbreitung von Kriegsangst in Deutschland vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine im November 2022 (in %)

Bitte geben Sie an, wie sehr folgende Dinge Ihnen Sorgen bereiten.	Besorgt mich gar nicht	Besorgt mich kaum	Besorgt mich etwas	Besorgt mich sehr
Dass Deutschland öfter in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte.	4,8	17,8	41,2	36,1
Dass Russland einen militärischen Angriff auf Deutschland starten könnte.	15,1	23,8	37,1	24,1
Dass Russland Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland durchführen könnte.	12,9	21,5	39,7	25,9
Dass es in Europa zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen könnte.	9,2	17,0	38,7	35,1

Quelle: (Brettfeld et al., 2023)

Die Wahrnehmung einer Bedrohung durch kriegsartige Auseinandersetzungen oder Terrorismus kann erhebliche Auswirkungen auf individuelle Einstellungen entfalten (Schoen, 2006; Duckitt, 2013). Das durch Kriegsangst ausgelöste Gefühl nach Sicherheit kann beispielsweise Anlass dafür sein, Schutz durch eine starke staatliche Führung zu suchen und dafür auch demokratische Prinzipien aufzugeben (Davis & Silver, 2004). Um diesem Zusammenhang nachgehen zu können, wurde als Teil von MiDInt mit Hilfe von fünf Fragen nach der Haltung in Bezug auf Meinungsvielfalt, Einschränkungen der demokratischen Gewaltenteilung sowie Akzeptanz eines starken Führers und einer Diktatur gefragt. In Tabelle 4 sind die entsprechenden Fragen und Zustimmungsraten aus der im November 2022 erhobenen ersten Welle von MiDInt dargestellt. Obwohl nur ein geringer Teil der Befragten der Aussage völlig zustimmt, dass im Interesse einer starken politischen Führung der Bundestag aktuell weniger Einfluss haben sollte (5,5 %) oder dass in der aktuellen Lage eine Diktatur die bessere Staatsform wäre (2,9 %), liegt in einigen Aspekten eine überraschend hohe Zustimmung für Autokratie vor. Fast 18,5 % der Befragten sind der Meinung, dass wir uns aktuell längere politische Debatten und Meinungsvielfalt nicht leisten können, und etwa 12 % finden, dass aufgrund der aktuellen Lage der Staat einen Führer haben sollte, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.

Tabelle 4

Autokratieakzeptanz in Deutschland (in %) im November 2022

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.	Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme völlig zu
Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt können wir uns aktuell nicht leisten.	14,6	27,2	39,7	18,5
Im Interesse einer starken politischen Führung in Deutschland sollte der Bundestag aktuell weniger Einfluss haben.	20,0	45,1	29,3	5,5
Aufgrund der aktuellen Lage sollte der Staat einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	37,0	24,0	27,2	11,8
In der aktuellen Lage darf die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden.	23,7	38,3	31,6	6,4
Im nationalen Interesse wäre in der aktuellen Lage eine Diktatur die beste Staatsform.	63,5	21,0	12,6	2,9

Quelle: (Brettfeld et al., 2023)

Das Zusammenspiel von Kriegsangst und der Suche nach Schutz durch eine starke staatliche Führung, Letzteres geht einher mit der Aufgabe von grundsätzlichen demokratischen Prinzipien, kann im Kontext des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine beobachtet werden, wenn die Ergebnisse zur Kriegsangst und Autokratieakzeptanz miteinander in Beziehung gesetzt werden (vgl. Wetzels et al., 2023b).

Personen mit hoher Kriegsangst zeigen mit 42,5 % eine um mehr als sieben Prozentpunkte höhere durchschnittliche Autokratieakzeptanz als Befragte mit einer niedrigen Kriegsangst (35,5 %). Dabei finden sich allerdings deutliche Unterschiede bezüglich einzelner Teilaspekte, wie in Tabelle 5 dargestellt. Während hohe Kriegsangst die Bewertung einer Diktatur als vermeintlich besserer Staatsform nur leicht und knapp signifikant beeinflusst (+3,27 Prozentpunkte), sind die Auswirkungen bei den vier anderen Teilaspekten der Autokratieakzeptanz stärker und in allen Fällen hoch signifikant.



Menschen mit hoher Kriegsangst

- glauben häufiger, dass wir uns längere politische Debatten und Meinungsvielfalt aktuell nicht mehr leisten können (+8,35 Prozentpunkte),
- sprachen sich stärker dafür aus, dass der Bundestag weniger Einfluss haben sollte (+7,06 Prozentpunkte),
- wünschten sich häufiger einen Führer, der mit starker Hand regiert (+5,31 Prozentpunkte) und
- meinten eher, dass die Handlungsfähigkeit nicht durch Gerichte eingeschränkt werden sollte (+11,16 Prozentpunkte).

Tabelle 5

Kriegsangst und Autokratieakzeptanz

	Niedrige Kriegsangst	Hohe Kriegsangst
Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt können wir uns aktuell nicht leisten.	48,49 Konfidenzintervalle 46,20-50,77	56,84 Konfidenzintervalle 55,36-58,32
Im Interesse einer starken politischen Führung in Deutschland sollte der Bundestag aktuell weniger Einfluss haben.	35,45 Konfidenzintervalle 33,45-37,45	42,51 Konfidenzintervalle 41,23-43,78
Aufgrund der aktuellen Lage sollte der Staat einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	34,43 Konfidenzintervalle 32,05-36,82	39,74 Konfidenzintervalle 38,04-41,45
In der aktuellen Lage darf die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden.	32,84 Konfidenzintervalle 30,81-34,88	44,00 Konfidenzintervalle 42,62-45,37
Im nationalen Interesse wäre in der aktuellen Lage eine Diktatur die beste Staatsform.	16,16 Konfidenzintervalle 14,32-18,00	19,43 Konfidenzintervalle 18,08-20,78

Quelle: (Brettfeld et al., 2023)

Zusammenfassung

MiDInt ist ein neues Monitoringinstrument innerhalb der MOTRA-Familie, welches aufgrund seiner inhaltlichen Schwerpunktsetzung und methodischen Ausrichtung eine aktuellere Erfassung von extremismusaffinen, demokratieablehnenden, vorurteilsbehafteten und intoleranten Einstellungen ermöglicht und diese zukünftig kleinteiliger im Zeitverlauf darstellen kann. Durch MiDInt können darüber hinaus Einflüsse von Ereignissen, Entscheidungen und Krisen, die außerhalb Deutschlands stattgefunden haben, und ihre Auswirkungen auf individuelle Einstellungen zukünftig gezielter und zeitnah erfasst werden.

Auf Basis von Daten der ersten Welle von MiDInt aus dem November 2022 wurden in diesem Beitrag exemplarisch zwei Themenkomplexe diskutiert: erstens Vorurteile gegenüber Flüchtlingen und zweitens Sorgen im Kontext des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und deren Auswirkungen auf Autokratieakzeptanz in Deutschland. Angesichts der in Teilen erheblich negativen Einstellungen gegenüber Flüchtlingen stehen Entscheidungsträger*innen in Deutschland vor enormen Herausforderungen. Verweise auf das Menschenrecht Asyl und die Aufnahme von Flüchtlingen als Zukunftsinvestition könnten dabei helfen, die Akzeptanz zusätzlicher Flüchtlinge zu verbessern (Richter et al., 2023). Die im November 2022 zum ersten Mal verwendeten Items zur Messung der Einstellungen gegenüber Flüchtlingen werden in allen zukünftigen Wellen von MiDInt verwendet, um mögliche Veränderungen über die Zeit zu erfassen.

Der Krieg in der Ukraine hat deutlich nachweisbare Auswirkungen auf die politischen Einstellungen der Menschen in Deutschland. Bei fast zwei Dritteln der Bevölkerung fand sich im November 2022 eine hohe Kriegsangst. Zudem zeigten sich deutliche Zusammenhänge zwischen Kriegsangst und der Erhöhung der Bereitschaft, in der aktuellen Lage zentrale demokratische Prinzipien zugunsten einer starken staatlichen Führung aufzugeben. Solche Entwicklungen stellen für die freiheitliche Demokratie und die offene Gesellschaft in Deutschland eine große Herausforderung dar. Diese sollten zukünftig in der politischen Bildung, aber auch bei der Radikalisierungsprävention verstärkt adressiert werden.

Literatur

- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J. M. K. & Wetzels, P. (2022). Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Entwicklung, Inhalt und Aufbau des Erhebungsinstruments. *MOTRA-Forschungsbericht No. 1*. Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/UHHFDM.10257>
- Brettfeld, K., Farren, D., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2023). Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 1 (Nov. 2022). *MOTRA-Forschungsbericht No. 7*. Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/UHHFDM.11565>
- Davis, D. W., Silver, B. D. (2004). Civil Liberties vs. Security: Public Opinion in the Context of the Terrorist Attacks on America. *American Journal of Political Science*, 48 (1), 28–46. <https://doi.org/10.1111/j.0092-5853.2004.00054.x>
- Duckitt, J. (2013). Introduction to the special section on authoritarianism in societal context: The role of threat. *International Journal of Psychology*, 48 (1), 1–5. <https://doi.org/10.1080/00207594.2012.738298>
- Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J. M. K., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022). Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Durchführung und Rücklauf der Erhebung – Methodenbericht. *MOTRA-Forschungsbericht No. 2*. Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/UHHFDM.10259>
- Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J. M. K. & Wetzels, P. (2022). Junge Menschen in Deutschland 2022. Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrumente und Codebuch der repräsentativen Befragung JuMiD 2022. *MOTRA-Forschungsbericht No. 5*. Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/UHHFDM.10834>
- FAZ (2022, Dezember 28). *Zahl der Flüchtlinge wird zunehmen*. Nr. 302/52 D1.
- Fischer, J. M. K., Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R. & Wetzels, P. (2023). Menschen in Deutschland 2022. Zweite Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch. *MOTRA-Forschungsbericht No. 6*. Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/UHHFDM.11415>
- Richter, T., Kleinschnittger, J., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2023). Bedrohung und Integration: Einstellungen zu Flüchtlingen in Deutschland. *GIGA Focus Global*, 1. <https://doi.org/10.57671/gfgl-23011>
- Schoen, H. (2006). Beeinflusst Angst politische Einstellungen? Eine Analyse der öffentlichen Meinung während des Golfkriegs 1991. *Politische Vierteljahresschrift*, 441–464.
- Statistisches Bundesamt (n.d.). *Ukraine: Gesellschaft*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Retrieved July 20, 2023. Abgerufen von https://www.destatis.de/DE/Im-Fokus/Ukraine/Gesellschaft/_inhalt.html
- Wetzels, P., Richter, T., Farren, D. & Brettfeld, K. (2023a). Einstellungen zu den Protesten wegen Menschenrechtsverletzungen im Iran und deren Zusammenhänge mit Muslimfeindlichkeit in Deutschland. *MOTRA-Spotlight Nr.3*. <https://doi.org/10.57671/MOTRA-2023003>
- Wetzels, P., Richter, T., Farren, D. & Brettfeld, K. (2023b). Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine und die Verbreitung von Kriegsängsten in Deutschland. *MOTRA-Spotlight Nr. 5*. <https://doi.org/10.57671/MOTRA-2023005>